

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	15
Abkürzungsverzeichnis	37
1. Kapitel: Vorbemerkung	41
A. Gegenstand der Arbeit	41
B. Gang der Untersuchung	42
2. Kapitel: Auswertung der Rechtsprechung des BVerfG zu den Auslegungsmethoden nach Savigny	47
A. Das Bekenntnis des BVerfG zum Auslegungscanon nach Savigny	47
B. Die Entscheidungen des BVerfG zur Handhabung der Auslegungsmethoden hinsichtlich einfachen Gesetzesrechts durch die Fachgerichte	53
I. Die Maxime des BVerfG der Nichtüberprüfbarkeit unterschiedlicher Auslegung	53
II. Die Rechtsprechung des BVerfG zur Verwendung der Auslegungsmethoden	56
1. Das Verhältnis von grammatischer zur teleologischen/systematischen Auslegung	57
2. Das Verhältnis von grammatischer/systematischer/teleologischer Auslegung zur historischen Auslegung	60
III. Die Korrektur der unterschiedlichen Auslegung durch das BVerfG über die verfassungskonforme Auslegung und den Willkürbegriff	63
1. Die Korrektur über die verfassungskonforme Auslegung	64
2. Die Korrektur über den Willkürbegriff	70
IV. Zusammenfassung	75
C. Die Ableitung der Beschränkung des Gebots der Rechtsanwendungsgleichheit aus der Verfassung – insbesondere aufgrund von Art. 97 Abs. 1 GG	76

3. Kapitel: Die Figur des Grundrechts auf Methodengleichheit bei F. Müller	85
A. Das Verständnis von einem Grundrecht auf Methodengleichheit bei F. Müller	85
I. Das Kriterium der gleichheitlichen, methodisch korrekten Rechtskonkretisierung	88
II. Die Begriffe der Methodenehrlichkeit und der Methodenklarheit	93
B. Die Ableitung eines Grundrechts auf Methodengleichheit	96
C. Kritik und Korrektur des Verständnisses	101
4. Kapitel: Die Prinzipien der Demokratie und des Rechtsstaates als Grundlagen eines Grundrechts auf Methodengleichheit (Das staats-theoretische und das ideengeschichtliche Fundament)	111
A. In der Literatur entwickelte Grundlagen und Thesen	111
I. Ronald Dworkin	111
II. Bernhard Schlink	114
III. Klaus Roth-Stielow	117
IV. Dieter Grimm	121
V. Helen Silving	127
B. Zusammenfassung	131
5. Kapitel: Weitere Aspekte, die für eine erweiterte Auffassung eines Gebots von Rechtsanwendungsgleichheit sprechen	133
A. Die §§ 550 a. F. ZPO und 337 Abs. 2 StPO als Argument für die Revisibilität „fehlerhafter“ Rechtsanwendung	133
B. Das Argument der Verfahrensgerechtigkeit	135
C. Das Verbot der überraschenden Auslegung gem. der Entscheidung BVerfGE 4, 31 (37) – als Vergleich, der richterliche Hinweis	139
D. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip	143
E. Das Argument des divergierenden Arbeitsaufwandes der unterschiedlichen Auslegungsmethoden	145
F. Zusammenfassung	147
6. Kapitel: Ansätze zu einem gesetzlichen Regelungsmodell	149
A. Normierung von Auslegungsmethoden	149
B. Prozedurale Regelungen der Auslegungsproblematik	152
C. Rechtsordnungen und Verfassungen anderer Staaten im allgemeinen Kontext der Ansichten zur Regelung der Auslegungsmethoden	153
I. Die italienische Verfassung	153
II. Das österreichische Recht	158

1. Die Regelung des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches für die österreichischen Staaten (ABGB) vom 1. Juni 1811	158
2. Die Bindung des österreichischen Obersten Gerichtshofs an seine eigenen Entscheidungen nach der Instruction zur Führung eines Spruchrepertoriums und des Judikatenbuches in Zivilsachen vom 29.6.1872	161
III. Das portugiesische Recht	162
IV. Die Verfassung von Papua-Neuguinea	171
1. Die Regelungen zum Verständnis des geschriebenen Gesetzes	171
2. Die Regelungen zur Rechtsfortbildung/Ergänzung des Gesetzes	174
3. Der Gebrauch von kasuistischen Regelungen	175
D. Bewertung der gesetzlichen Regelungsmodelle	177
E. Eigener Lösungsansatz	178
I. Der falsifikationistische Ansatz	184
II. Der verifikationistische Ansatz	191
III. Bewertung der beiden Ansätze	192
7. Kapitel: Ergebnis der Untersuchung	197